Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr. Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 5. Februar 1881. Nr. 60.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung vom 4. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr.

Am Ministertische: Finanzminister Bitter und zwei Kommissarien.

Tagesordnung:

I. Fortsetzung der ersten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Verwendung der in Folge weiterer Reichssteuerreformen an Preußen zu überweisenden Geldsummen.

Abg. v. Eynern kann sich mit der Ansicht der Konservativen nicht ganz befreunden. Der Zweck des Gesetzes habe durchaus seine Sympathie, aber er zweifele, daß derselbe durch die Vorlage erreicht werde. Viele Kommunen seien bereits an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen und deshalb der Entlastung in hohem Grade bedürftig. Besonders sei dies in den industriereichen Gegenden der Fall, aber die in Aussicht genommene Steuererleichterung würde gerade den am meisten belasteten Kommunen sehr wenig nützen. Auch die ärmeren Landgemeinden, wo die Gebäude einen geringeren Nutzungswerth hätten, würden von der gedachten Steuer sehr wenig Vortheil haben. Wolle man aber gar die Vertheilung der Steuererlasse den Kreisen überlassen, so würde nie eine Einigkeit erzielt werden. In manchen Kreisen betragen die Kreisabgaben mehr als die Grund- und Gebäudesteuer, in anderen weniger. In einigen Kreisen werde wieder gar keine Grund- und Gebäudesteuer gezahlt. Der Erlaß dieser Steuer würde also in dem einen Kreise gar nicht gespürt werden, während man im anderen nicht wissen würde, was mit dem Gelde anzufangen. Weit härter als von allen anderen Steuerlasten würden die Kommunen von den Schullasten gedrückt. Dieselben betrügen im Jahre 87 Millionen Mark, davon seien allein 45 Millionen Mark an Lehrergehältern von den Gemeinden aufzubringen. Hierin solle der Staat eine Erleichterung zu schaffen in's Auge fassen, dazu sei aber eine gründlichere Steuerreform nöthig, als jetzt beabsichtigt werde.

Abg. v. Zedlitz-Neukirch giebt dem Vorredner im letzteren Punkte Recht. Ein bedeutendes Hinderniß zu einer durchgreifenden Steuerreform liege aber zur Zeit in den mißlichen finanziellen Verhältnissen des Staates und auch darin, daß die gegenwärtige Ordnung des Kommunalsteuerwesens einer Aenderung bedürftig sei. Mit den Zielen der Vorlage erklärt sich Redner im Großen und Ganzen vollkommen einverstanden, namentlich auch damit, daß, soweit sich für jetzt übersehen lasse, eine Summe von 33½ Millionen Mark zur Erleichterung der Kommunen zur Verwendung kommt. Die Staatsregierung werde aber darauf Bedacht nehmen müssen, noch weitere Erleichterungen der Kommunen herbeizuführen. Wenn er sonach auch mit den Zielen der Regierungsvorlage einverstanden sei, so sei dies jedoch nicht der Fall, soweit es sich um die von der Regierung eingeschlagenen Wege handle. Es scheine vielfach nicht recht verständlich, daß zahlreiche kleine Grundbesitzer und Handwerker ebenso von der Steuer befreit werden sollten, als die Arbeiter. Das erste Ziel müßte aber immer sein, die Arbeiter zu entlasten, und dies werde nicht erreicht auf dem von der Regierung eingeschlagenen Wege, umsoweniger, als die Verweisung der Mittel zur Verwendung nicht an die richtigen kommunalen Körperschaften der Kreise, sondern an die Kommunen vorgeschlagen werde. Redner hofft indeß, daß es in der Kommission gelingen werde, alle Schwierigkeiten zu beseitigen und das Gesetz zum Abschluß zu bringen.

Finanzminister Bitter: Die Absicht dieser Vorlage sei, der Landesvertretung und dem Lande die Ziele klar zu legen und die Zwecke zu bezeichnen, welche die Regierung seit Jahren in den Verhandlungen über die Steuerreform verfolgt. Es liege der Regierung daran, daß hierüber kein Zweifel obwalte, und deshalb habe er sich gefreut, gestern von dem Abg. Gneist das Anerkenntniß zu hören, daß die Vorlage nach dieser Richtung hin allerdings Klarheit schafft. Die Vorlage solle ferner dem Einwande begegnen, daß man keine neuen Steuern bewilligen dürfe, wenn man nicht genau wisse, welche Zwecke man mit diesen neuen Steuern verfolgt. Diesem Einwande gegenüber mußte die Regierung eine bestimmte Position in Preußen schaffen. Er glaube, daß damit alle Vorbedingungen erfüllt sind, welche man früher verlangt. Der Minister geht dann sehr eingehend auf die Ausführungen der Vorredner ein. Von Dr. Gneist behauptet der Minister, daß er zu schwarz gemalt. Wenn derselbe glaubt, daß die Klassensteuer nicht als eine drückende Last empfunden werde, so möge das ja an sich richtig sein; aber die Klassensteuer bilde die Grundlage der kommunalen Besteuerung und insofern bilde sie auch die Grundlage aller der Schwierigkeiten und Belastungen, welche auf die Kommunalbesteuerung zurückgeführt werden. Die Regierung wolle eine Menge von solchen Personen, welche direkt unter der Klassensteuer zu leiden haben, entlasten, wolle bis in die Stufe hinauf gehen, wo die Steuern ohne Schwierigkeit und ohne Härte getragen werden können. Vorschläge, welche aus dem Hause nach dieser Richtung hin gemacht werden sollten, wird die Regierung in sorgfältige Erwägung nehmen. Der Minister erklärt sich gegen den Erlaß der Grund- und Gebäudesteuern, wie Herr von Wedell empfiehlt, und ist seinerseits der Meinung, daß an dem Vorschlage der Ueberweisung festgehalten werden müsse. Was die kommunale Belastung in der Rheinprovinz anlange, von der Herr v. Eynern gesprochen, so erkenne er diese an, aber er glaube, daß die erhöhten Kommunallasten dort leichter zu ertragen seien, als in den östlichen Provinzen.

(Fürst Bismarck tritt um ¾1 Uhr in den Saal.)

Der Minister bittet zum Schluß um sorgfältige Prüfung der Vorlage und erklärt sich entschieden dagegen, daß dieselbe erst in die Kommission komme. Das Haus habe ja das Recht, die Vorlage abzulehnen. Die Regierung habe wenigstens ihre Schuldigkeit gethan, sie habe gezeigt, welche Zwecke sie im Interesse des Landes verfolgt. Namens der Regierung spreche er aber den Wunsch aus, daß das Gesetz berathen werde und aus der Berathung ein nützliches Resultat hervorgehen möge.

Abg. Richter vermißt für diese Vorlage das Vorhandensein eines Steuerprogrammes der Regierung, um abmessen zu können, ob die Be- und Entlastung gleichmäßig vertheilt sei. Die Steuerprojekte der Regierung, die bisher bekannt geworden, hätten im Reichstage so wenig Freunde, daß an eine Annahme nicht zu denken sei. Nun sage Herr von Wedell, man könne doch noch nicht wissen, was der Reichstag thun werde, solle also lieber das Verwendungsgesetz annehmen; dabei vergesse er, daß es schon ein die konstitutionellen Rechte des Landtages vollständig wahrendes Verwendungsgesetz gebe. Das ursprüngliche Programm des Kanzlers und seine Versprechungen seien viel weiter gegangen als heute das konservative Finanzprogramm gehe; letzteres durchkreuze geradezu die Finanzpläne des Reichskanzlers. Letzterer ging auf Abtragen der direkten Steuern gegen Vermehrung der indirekten; von den direkten blieb nur die Einkommensteuer übrig, dagegen wollen die Konservativen alle direkten Steuern behalten und nur die Gegensätze ändern. Die Konservativen wollen innerhalb der direkten Steuern die Mittel finden, um die Erleichterungen für die untersten Klassen eintreten lassen zu können, aber namentlich über letzteren Punkt seien die Konservativen selbst nicht einig. Wenn nun der konservative Plan in sich selbst die nothwendigen Mittel finde, wegen deren noch neulich indirekte Steuern bewilligt werden sollten und wenn die Konservativen im Reiche doch neue Steuern bewilligen wollten, so thäten sie das aus rein platonischer Liebe zu neuen Steuern. (Heiterkeit und Widerspruch.) Durch den unternommenen Ausbau der direkten Besteuerung durch die Konservativen hätten sie sich den Finanzplänen des Redners wesentlich genähert; derselbe geht sodann auf einzelne Punkte des konservativen Programms ein. Der Effekt einer schärferen Einschätzung würde auf eine ganz andere Seite fallen; auch über den Erfolg einer Kapitalrentensteuer täusche man sich, diese werde kaum dazu reichen, ein Sechstel der Grund- und Gebäudesteuer zu ersetzen, hinsichtlich der letzteren läge das Interesse der Groß- und Klein-Grundbesitzer verschieden. Gegen die Ueberweisungen sei auch Redner stets gewesen, weil die Ausgabebewilligung in einen anderen politischen Kreis gelegt werde, als die Sorge für die Einnahmen; das führe nicht zur Sparsamkeit, sondern zur Verschwendung. Wenn diese Projekte wirklich den Ideen des Kanzlers entsprächen, so bedeute dies eine vollständige Schwenkung des Kanzlers, drastischer noch als die im Jahre 1879. Durch das Verwendungsgesetz würde die Selbstverwaltung der Kommunen vollständig unterbunden werden; das etwaige Uebernehmen der Armen-, Schul- oder Polizeikosten auf den Staat würde die Verwaltung dieser Branchen unendlich vertheuern. Er freue sich, daß der Finanzminister diese Pläne, die in der Presse des Kanzlers empfohlen würden, heute abgelehnt habe. Auch die Konservativen hätten sich gegen diese Zentralisation ausgesprochen, wollten sie höchstens für den Kreis, nicht aber für den Staat gelten lassen, wie es der Kanzler wolle. Wenn man die untersten Stufen der Klassensteuer fallen lassen wolle, die gar nicht drücke, dann sollte man lieber das Schulgeld abschaffen, dadurch würde man den kopfreichen Familien helfen. Redner geht nun darauf ein, daß die neuen Zölle die Arbeitslöhne nicht, wie versprochen, gesteigert hätten, sondern Jeder fühle, was ihm die Politik koste. (Widerspruch und Gelächter.) Der Kanzler verdecke sein Fiasko unter stets neuen Versprechungen. (Der Reichskanzler selbst ruft unter mehrfachen Verbeugungen Bravo, während die Rechte in einen Sturm ironischen Beifalls ausbricht.) Heinrich V., der Jedem ein Huhn im Topfe versprochen, sei gegen den Reichskanzler ein reiner Stümper. (Wiederholung der ironischen Beifallsbezeugungen des Reichskanzlers.) Auch der Reichskanzler habe den Zauberstab nicht, um das Geld hervor zu zaubern, was dazu nothwendig sein würde, um seine Versprechungen zu erfüllen, und so folgten stets neue Versprechungen und zu deren Erfüllung neue Steuern.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich hatte nicht die Absicht, hier zu sprechen, nachdem ich in dieser meinem Ressort sonst nicht gerade nahestehenden Angelegenheit hier erst einen Redner gehört habe, aber der Drang anderer Geschäfte und die Dauer dieser langen Rede nöthigen mich, jetzt schon das Wort zu ergreifen. Ich thue dies um so lieber, als ich mein Einvernehmen in sehr vielen Punkten mit dem Vorredner konstatiren kann; ich habe eine solche Veranlassung in meinem ganzen Leben noch nicht sonst gehabt. Allerdings erschien es am Schlusse der eben gehörten Rede, als habe es dem Redner leid gethan, daß er mir in so vielen Punkten entgegengekommen sei, die allerdings mit diesem Gesetz nur in sehr losem Zusammenhang standen. Es ist mir nun unmöglich, eine so umfassende, alle Seiten des menschlichen Lebens berührende Rede nach allen Seiten hin ausführlich zu besprechen, ich will nur versuchen, einige der Ansichten zu widerlegen oder ihnen zu widersprechen, die der Vorredner ausgesprochen hat, denn widerlegen kann man ja Niemand. Ich fange damit an, daß ich widerspreche, ich habe Niemandem ein Versprechen gegeben, habe weder ein Huhn im Topfe noch sonst irgend etwas versprochen, und ich bezeichne die entgegengesetzte Behauptung des Herrn Richter für einen Irrthum desselben; ich bin zu den Herren gekommen, die Steuern bewilligt zu haben, ich habe meine Meinung über den Werth der vorgeschlagenen Maßregeln gesagt. Ich hoffe nun, daß dieses Gesetz nicht der Behandlung unterliegen wird, die das Parlament in letzter Zeit für die Vorlagen der Regierung beliebt hat, daß es in Kommissionen oder Ausschüssen begraben werde; ich hoffe, daß Sie dieses Gesetz berathen und uns eine zustimmende oder ablehnende Antwort geben werden, und sollte der Zeitraum bis zur Einberufung des Reichstages zu kurz sein, um dieses Gesetz zu erledigen, so wird die königliche Staats-Regierung in der Lage sein, zu überlegen, ob mit der Einwilligung des Landtages an eine Nachsession oder eine besondere Session heran zu treten sein würde. Weiter muß ich dem Abg. Richter darin widersprechen, daß die Zölle den russischen Export zurückhalten und dadurch die Stadt Königsberg geschädigt werde, sondern die Mißernte im südlichen Rußland. Aber darum liegt ja gerade die Pflicht vor, die inländische Landwirthschaft aufzumuntern, sich nicht auf Rußland zu verlassen. Die Mißernten im planlos abgeholzten Innern Rußlands werden im Laufe der Jahre häufiger eintreten; aber nehmen Sie einmal an, daß wir in Amerika und Rußland einmal zu gleicher Zeit eine Mißernte haben würden und daß unsere Landwirthschaft von der Versorgung des vaterländischen Brodmarktes zurückgetreten wäre, wie dies in England und Frankreich geschehen ist, so würde doch die Theorie des Herrn Richter uns ganz unzweifelhaft zur Hungersnoth führen. Merkwürdig aber ist es, daß Herr Richter von der russischen Mißernte noch gar nichts erfahren haben sollte und daß ein so gewiegter Volkswirth es nicht wissen sollte, daß diese Mißernte auf Königsberg zurückwirken sollte. — — Nun sind in Rußland die Zölle um 10 pCt. erhöht worden und durch das ganze Land ging ein Schrei der Entrüstung, ich solle etwas thun, damit Rußland nicht so verfahren könne. War das etwa ein Schrei zu Gunsten russischer Konsumenten oder war das nicht vielmehr ein Schrei an die Regierung, die man ja für Alles verantwortlich machen will, für die Interessen des inländischen Exports. War dieser Schrei nicht ein Beweis dafür, daß die durch Zölle hervorgebrachte Preisschwankung vom Auslande in diesem Falle von unseren inländischen Exporteuren getragen wird. — Nun trage der Grundbesitz, die Bauern in der Grundsteuer einen sehr hohen Prozentsatz von ihrem wirklichen Einkommen. Ich selbst bezahle von meinem wirklichen Einkommen 6—7 pCt. an Grund- und Gebäudesteuer, dabei bin ich unverschuldet, wenn ich verschuldet wäre, würden diese beiden Steuern leicht 20 pCt. meines Einkommens betragen. In dieser Grundsteuer trägt nun doch die Landwirthschaft ein sehr erhebliches Aequivalent zu den Kornzöllen, und wo ist nun die gleiche Behandlung der In- und Ausländer, die Herr Richter verlangt? Ich glaube, daß ich für jeden Scheffel Korn, den ich verkaufe, 1 bis 1½ Mark an Grundsteuer bezahle; ich will diese Zahl nicht so bestimmt hinstellen, aber ich will nur zeigen, wie hoch sich die inländische Besteuerung des Korns beläuft. Nun will ich keineswegs für Abschaffung der Grundsteuer plaidiren, allerdings habe ich ihre Einführung von vornherein für eine Ungerechtigkeit gehalten und habe das damals auch ausgesprochen; natürlich bin ich, als mein höchster Herr mich dazu aufrief, für dieselbe im Parlament eingetreten, aber jeder Zeit habe ich die Grundsteuer für eine Ungerechtigkeit gehalten, aber ich habe mich gefreut, heute zu hören, daß auch der Abg. Richter gegen die Grundsteuer gestimmt habe, ich hätte das kaum geglaubt (Heiterkeit). Diese Ungerechtigkeit nun zu beseitigen ist sehr schwer, ohne eine neue Ungerechtigkeit zu begehen, aber mein Bestreben ist dahin gerichtet, daß die Grundsteuer aufhöre, als Maßstab für Kommunalsteuerzuschläge zu gelten. Gerade diese Zuschläge zur Grundsteuer belasten den Steuerzahler ganz ungemein, viel schwerer als die Zuschläge zur Einkommensteuer, denn es ist ja klar, daß die Erträge des Grundbesitzes ziemlich klar darliegen, nach der Einschätzung zur Grundsteuer ist eine große Hinterziehung für den Landwirth etwas ganz Unmögliches, wenn er nicht Kapitalien hat, die nicht im Grundbesitz liegen, und solche Kapitalien kann ja auch jeder Andere der Einschätzung hinterziehen. (Sehr gut!) Nun nennt der Abg. Richter die Wehrsteuer eine neue Art von Klassensteuer. Nun zur Befürwortung dieser Steuer hat doch nur das Gefühl Veranlassung gegeben, das sich des musketentragenden Soldaten bemächtigt, wenn er einen nach seiner Meinung ebenfalls dienstfähigen Nachbar zu Hause bleiben sieht. Diese Steuer hat mit der Klassensteuer gar nichts gemein, sie ist einfach ein Ausfluß des Prinzips der Gerechtigkeit. Nach meinem Ideale soll der, der nichts weiter hat als seine beiden Hände, um sein Brod zu verdienen, ganz frei sein von der Besteuerung des Staates, als auch der Kommunen. Derjenige, der keine Gelegenheit gehabt hat, sich Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, der mit keinem erwerbenden Kapitale anfängt, der also blos auf die wechselnde Möglichkeit des Verdienstes seiner Hände angewiesen ist, das sich ihm in Berlin z. B. im Winter als Schneeschipper, im Sommer als Erdarbeiter darbietet, der soll überhaupt nicht zu andern Lasten herangezogen werden, als durch Dienste im Kriege, das Dach zu vertheidigen, das ihn schützt. — In dem Punkte bin ich einig mit meinem sehr verehrten Freunde, dem Professor Gneist, daß es für Niemand ein Vergnügen ist, Steuern zu zahlen, auch wir zahlen die Grundsteuer nicht mit einer gewissen Freudigkeit. Aber sehr gefreut habe ich

mich, daß ich hier im Hause einen so wichtigen Bundesgenossen gefunden habe, der mit mir das Schulgelt und die ganze abhängige Stellung des Lehrers bekämpfen will, denn gerade für die Kinder, die die Schule besuchen, zu sorgen, macht den kleinen Leuten unsäglich viel Mühsal. Also freie Schule und für den Lehrer eine unabhängige Existenz von den Schulbesuchern und den Gemeinden, nur abhängig gemacht von den höheren Behörden. Es ist ja für den Lehrer gewiß eine große Befriedigung des Ehrgefühls, das auch bei diesen Herren in hohem Grade ausgebildet ist, wenn er nicht mehr wie sonst den barfüßig gehenden Schüler oder dessen Vater, um Schulgelt zu mahnen braucht. Schon mein früherer Kollege Falk hatte eine Vorlage ausgearbeitet, welche diese Ziele verfolgte, die aber zurückgelegt werden mußte, weil der Finanzminister nicht die nothwendigen Mittel zur Disposition stellen konnte. Sie sollten also nicht dadurch, daß Sie über dieses Gesetz zur Tagesordnung übergehen, die Möglichkeit abschneiden, daß wir die Angelegenheit der Lehrer und der Schule in diesem Sinne ordnen. Indem die Vorlage im Prinzip den Kreisen die Vertheilung dieser Mittel übertragen hat, haben wir eine Mittelstellung zwischen Provinz und der Gemeinde gegriffen, diese Seite der Vorlage ist ja sehr amendirungswerth. Der Gedanke, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer den kommunalen Verbänden zu überweisen, ist schon, als ich die Reform zum ersten Male angeregt habe, von mir ausgesprochen. Mein Prinzip im Ganzen war nicht Abschaffung einer bestimmten Steuer, sondern darüber habe ich mir nur erlaubt, mit Zustimmung meiner Kollegen und nach der öffentlichen Diskussion zu entscheiden, — man wird ja nicht dadurch, daß man Minister wird, klüger, aber so klug wird man nie wieder, wie man es als einfacher Abgeordneter ohne alle Verantwortung war. (Heiterkeit.) Ich habe also den ganz allgemeinen Gedanken der Ueberweisung im Reichstage und im Staatsministerium ausgesprochen und zur Anerkennung gebracht, daß wir namentlich in Preußen ein zu hohes Maß von direkten und ein zu geringes von indirekten Steuern hätten, aber von vornherein habe ich den Gedanken vertreten, daß, wenn wir dies Verhältniß geändert hätten, wir dann an die Provinzen und Verbände abgeben müßten, um ihnen die Lasten zu erleichtern, die sie im Interesse des Staates tragen müssen. Ob nun gerade die Hälfte, der Satz, wie ihn Camphausen berechnet hat, der richtige Maßstab ist, weiß ich nicht. Für alles dieses kann ich auf die der Vorlage beigefügte Geschichte der Steuerreform im Reiche und in Preußen verweisen, aus welcher auch hervorgeht, daß die verschiedenen Finanzminister diese Ziele gebilligt haben. (Redner verliest die betreffenden Stellen.) Durch das vorjährige Verwendungsgesetz wurden diese Ziele noch unbestimmt gelassen, und weil nun im Reichstage Bedenken auftraten, man könne die direkten Steuern nicht bewilligen, weil wir nicht wissen, was man in Preußen damit machen werde und weil wir in dem Landtage noch heute auf die Meinung stoßen, daß man durch Annahme dieses Gesetzes den Reichstag nicht binden dürfe, so stehen sich diese Meinungen wechselseitig gegenüber und verhindern den Fortgang der Reform. Dem Allen liegt eine gewisse Scheu zu Grunde, die vielleicht in der Fraktionstaktik begründet sein kann, zu diesen Fragen eine feste Stellung zu nehmen. Nun hat die Regierung diese Vorlage gemacht, um sich selbst zu binden, damit man im Reichstage nicht wieder sage, wir wissen nicht, was Du in Preußen damit machen willst. Wenn Sie diese Vorlage annehmen, sind die Hände der Regierung gebunden. Wir wollen uns also im eigenen Lande dem Landtage gegenüber binden, wie Karl Moor dem Priester gegenüber seine Hände band. Wenn Sie das nicht wollen, m. H., dann begraben Sie dieses Gesetz nicht in der Kommission, sondern lehnen Sie es ab, denn dann kommen wir in den Reichstag doch nicht ganz so verdächtig als bisher, denn es würde für jedes Ministerium doch wohl sehr schwer sein, mit den Mitteln, die der Reichstag etwa bewilligen würde, etwas anderes zu thun, als einen Steuererlaß herbeizuführen. Camphausen, Hobrecht, alle Finanzminister haben sich für die Ueberweisung dieser Ueberschüsse erklärt und haben wiederholt gesagt, sie erblickten in der Ausbildung der Zollgesetzgebung das Mittel, die Reform der Steuergesetze herbeizuführen. Letztere kann nur stufenweise durchgeführt werden, das habe ich von vorn herein auch nur gewollt. — Nun ist ja nicht alles das, was wir Ihnen in diesem Gesetze bringen, ganz unumstößlich nothwendig, aber ich bleibe dabei, daß gerade die Ueberweisung an die Kreise das geeignete Mittel ist, eine Erleichterung herbetzuführen, zugleich aber will ich den Kreisen die Anweisung geben, alle diejenigen Mittel, die sie selbst nicht ganz nothwendig gebrauchen, zur vollständigen Befreiung der Schule zu überweisen. Ich kann das gar nicht besser begründen, als es vorhin der Abg. Richter gethan und ich bitte Jeden, die Rede Richters nach Hause zu schicken, damit Jeder sehe, wie gut wir beide in diesem Punkte harmoniren. (Heiterkeit.) Ich habe vorhin in den Richter'schen Ausführungen so recht gesehen, wie ein Mann von so viel Geist, wenn er nur zwischen Häusern, Straßen und Zeitungen lebt, sich dem praktischen Leben vollständig entfremden kann. Er muß niemals einem Kreistage beigewohnt haben, sonst würde er wissen, daß es immer die Städte sind, welche die Chausseebauten beantragen und das thun sie doch wahrlich nicht aus Aufopferung für die Grundsteuerpflichtigen, sondern stehen sich sehr gut dabei. Wenn nun die Presse berichtet hat, ich hätte das Verwendungsgesetz für überflüssig erklärt, so ist das falsch; der Zustand, den ich als wünschenswerth bezeichne, kann nur erreicht werden, wenn wir mit dem Verwendungsgesetz anfangen. Ich bezweifle, daß sich jemals ein Kopf finden wird, der die Mängel und Fehler aller unserer Verhältnisse durchschaut und ihnen abzuhelfen weiß; ich würde ihn Herr Mikrokosmus nennen. Wir müssen in stümperhafter Weise anfangen, solche Reformen sind die Resultate mühsamer Arbeit des schrittweisen Vorwärtskommens und deshalb bitte ich Sie, gehen Sie den Weg, der aus langen Vorarbeiten des Finanzministeriums hervorgegangen ist. Ich habe die Akten des Finanzministeriums auch nicht aus dem Geleise heben können und bin mit Manchem nicht zufrieden, aber auch hier ist das Beste des Guten Feind. Wenn aber unsere Söhne sagen, es ist besser geworden durch unsere Arbeit, so wollen wir gern zufrieden sein. Daß es aber besser geworden ist, ist gewiß, und wenn Herr Richter das Gegentheil sagt, so wird er hier im Hause 300 ungläubigen Gesichter sich gegenüber sehen und im Lande 20 Millionen. Ja, wenn diese Herren selbst in's Amt kämen, so würden sie keinen andern Weg gehen als wir. So steht es auch mit dem Tabak, ich bekenne mich dazu, daß der Tabak ganz unbestritten höher besteuert werden muß, dazu wird jede Regierung kommen müssen, auch die Herren Rickert und Richter, aber es giebt viele Formen, in denen der Tabak mehr Einnahmen gewähren kann, für das Monopol bin ich auch heute noch nicht entschieden. Wenn ich aber sehe, was in Frankreich Tabak und Getränke bringen, so empfinde ich immer einen gewissen Druck, ich frage mich, sind wir weniger klug, aber bei uns ist ja der parlamentarische Sand, durch den wir hindurch müssen, viel tiefer, bei uns herrscht darin der märkische Sand. Ich bin auf recht lange parlamentarische Kämpfe in dieser Frage gefaßt, längere, als mein Leben dauern wird, und wenn ich müde sein werde, werde ich mich ausruhen, aber ich werde in keiner Weise umkehren, und so lange ich lebe, werde ich dafür eintreten, wenn ich dann auch auf diesem Platze bleiben sollte, was ich freilich nicht gern thun würde. (Heiterkeit.) Ich habe zwar öfter den Gedanken des Rücktritts von dieser Stelle gehabt, aber nachdem ich gesehen, wer sich über meinen Rücktritt freuen würde, habe ich diesen Gedanken vollständig aufgegeben und habe mir gesagt, es muß doch noch etwas in Dir sein, was dem Vaterlande nutzen kann. (Beifall.) — Der Vorredner hat des konservativen Programms gedacht, nun, das ist kein Programm der Regierung, und ich habe keinen Beruf, dafür einzutreten, ich halte das Programm für einen nicht unglücklichen Versuch, einen Zuschlagsmaßstab für Kommunalsteuern zu finden, aber für Staatssteuern würde ich es nicht annehmbar finden, da, wie der Abgeordnete Richter richtig ausgeführt hat, nicht indirekte, sondern die direkten Steuern ausgebildet werden. Wenn Herr Richter ganz interesselose Minister haben will und darauf hingewiesen hat, wie viel der Erlaß der halben Grundsteuer für mich betragen würde, so muß er sich Leute suchen, die das Gelübde der Armuth und womöglich auch der Keuschheit abgelegt haben. (Heiterkeit.) Solche Leute wird aber das Land nicht brauchen können, denn die Minister müssen mit den Interessen des Landes verwoben sein. — Lassen Sie uns dieses Gesetz nicht begraben, sondern lassen Sie uns das Prinzip festhalten, daß es geboten ist, den kommunalen Verbänden die Lasten zu erleichtern. Ich gebe zu, daß man dieses Ziel auch in sehr viel anderen Propositionen würde erreichen können, aber das Beste ist des Guten Feind. Die Sache ist wieder bis zum Reichstage hingekommen und wir kommen nicht vorwärts mit der Reform der Steuern. Wem daran liegt, daß dieser Weg betreten werde, dem muß auch daran liegen, daß dieses Gesetz nicht begraben werde, sondern daß das, was die Regierung Ihnen nach langer, schwerer Arbeit vorlegen kann, wenigstens soweit gewürdigt werde, daß Sie uns Ja oder Nein sagen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Freiherr v. Huene spricht darauf die Zustimmung des Centrums zu den allgemeinen Gedanken der Vorlage aus.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Berathung.

Schluß 4 Uhr.

Provinzielles.

Stettin, 5. Februar. (Schwurgericht.) Anklage wider den Arbeiter Karl Aug. Schönbeck aus Marwitz wegen Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange. Der 18jährige Angeklagte war im Herbst v. J. in der Zuckerfabrik zu Mescherin beschäftigt und war ihm am 25. November, Nachmittags gegen 5 Uhr, aufgetragen, den Zuckerboden zu scheuern. Bei dieser Beschäftigung gerieth er mit dem Arbeiter Aug. Ulrich wegen eines Zuckerbodenaushebers (ein langer Stock, an der Spitze mit scharfem Eisen) in Streit und versetzte diesem damit mehrere Schläge, dabei blindlings loshauend. Ein Schlag traf den Kopf des Ulrich und zeigte sich bald eine blutende Wunde an der linken Kopfseite. Trotzdem arbeitete Ulrich noch 36 Stunden, da mußte er die Arbeit einstellen und am 30. November verstarb er, nach dem Ausspruch der Aerzte an den durch Schönbeck erhaltenen Verletzungen, da die Schädeldecke durch den Schlag zerschlagen war. Der Angeklagte gab den Thatbestand zu und wurde nach kurzer Beweisaufnahme für schuldig befunden; demselben wurden jedoch mildernde Umstände zugebilligt und er demgemäß mit 1 Jahr Gefängniß bestraft.

— Gestern Mittag machte ein hiesiger Schriftsetzer in der elterlichen Wohnung seinem Leben durch Erschießen ein vorschnelles Ende. Die Motive zu dieser unglücklichen That sind wohl darin zu suchen, daß der Betreffende seit sehr langer Zeit arbeitslos gewesen und auch nicht hoffen konnte, in nächster Zeit Beschäftigung zu finden. Derselbe war bald nach seinem Auslernen von seinem Arbeitgeber entlassen worden und hat sich seitdem viel, aber vergeblich, um neue Beschäftigung bemüht. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß bei dem Buchdruckergewerbe viele Arbeitgeber fast nur Lehrlinge beschäftigen und diese dann, wenn sie ausgelernt haben, sofort entlassen und ihrem Schicksal preisgeben. Bei den bevorstehenden Einsegnungen glauben wir die Mittheilung dieser traurigen Thatsache zur Warnung den Eltern schuldig zu sein, welche für ihre Söhne den Beruf als Buchdrucker auserseben haben.

— Der musikalisch-deklamatorische Verein „Urania“, dessen rühriger Thätigkeit wir schon wiederholt öffentliche Anerkennung zollten, veranstaltet am Sonnabend, den 12. Februar, Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr, in der Aula der Friedrich-Wilhelms-Schule ein Konzert zum Besten der Kinderheil- und Diakonissen-Anstalt. Dasselbe scheint sich sehr interessant zu gestalten, da an ihm die in Musikkreisen beliebten Damen Frls. Barandon, Below und Wolff, sowie ferner die rühmlichst bekannten Herren Robert und Georg Lehmann mitwirken.

— In Elsfleth wird am 17. Februar d. J. mit einer Seeschifferprüfung für große Fahrt begonnen werden.

Bei der am Dienstag stattgefundenen Ziehung der Hamburger Silberlotterie des zoologischen Gartens fielen die fünf Hauptgewinne auf Nr. 36,381, 81,961, 3503, 23,967, 87,324.

§ **Zempelburg**, 3. Februar. In dem benachbarten Dorfe O. wurde jüngst von einigen Landleuten an einer Frau dadurch Lynchjustiz geübt, daß man sie auf offener Landstraße gehörig durchprügelte. Die Veranlassung dazu war das nicht mehr menschlich zu nenende Benehmen dieser Frau an ihrer jugendlichen Stieftochter gewesen, die sie wegen eines kleinen Versehens voller Wuth ins Ohr gebissen und mit einer glühenden Zange verfolgt hatte.

(Eingesandt.)

Stettin, 3. Februar 1881.

Geehrte Redaktion!

Das „Eingesandt“ in Nr. 28 des „Stett. Tageblattes“ berührt eine Frage, welche leider als „offene“ noch immer gilt und deren endliche Lösung nicht allein gerechtfertigt, sondern auch „zeitgemäß“ wäre. Stettin ist gerade diejenige größere Stadt, in welcher die Thätigkeit der jungen Kaufleute mehr als überall in Anspruch genommen wird und ihnen nur allzuwenig Zeit zur ferneren gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Fortbildung übrig bleibt. Nicht allein, daß die jungen Leute hiesiger Detail-Geschäfte von 8 Uhr früh bis 9 Uhr Abends thätig sein müssen, es ist namentlich der Sonntag-Nachmittag, den sie (meist beschäftigungslos) in den Ladenräumen zuzubringen gezwungen sind.

Vor ca. 5 Jahren bestand hier eine Vereinigung von Kaufleuten aller Branchen, welche es sich zum Ziele gesetzt hatte, den Schluß sämmtlicher hiesiger Geschäfte an den Sonntag-Nachmittagen um 1 Uhr durchzusetzen. Es gelang dieses auch, jedoch kaum nach 3 Sonntagen scheiterte diese mühevoll ins Werk gesetzte Einrichtung an der mehr als kleinlichen Opposition einiger Geschäftsinhaber, welche es nicht überwinden konnten — trotz zuerst gegebener gegebener gegenseitiger Versicherung — ihren jungen Leuten einen halben Tag in der Woche frei zu geben. Bald ahmte dieser oder jener dem Vorbilde der Minorität nach und schnell war wieder der status quo ante hergestellt und die Geschäfte blieben nach wie vor an den Sonntag-Nachmittagen geöffnet. Es erwächst doch sicherlich keinem Geschäftsinhaber ein Nachtheil, wenn einheitlich der Schluß der Geschäfte Sonntags Mittag eingeführt wird, und bald wird das Publikum sich daran gewöhnen, seine Einkäufe Sonntags Nachmittags nicht zu machen.

Schreiber dieses bittet eine Wohllöbl. Redaktion, vielleicht durch Veröffentlichung dieser Zeilen die erste Initiative zur Herstellung einer Institution zu geben, die den Chefs, wie jungen Leuten Bedürfniß ist. — Es fühlen sich vielleicht durch diese Zeilen wiederum einige Herren veranlaßt, eine Vereinigung, wie sie schon bestand, herzustellen und den Schluß sämmtlicher Geschäfte an den Sonntag-Nachmittagen zu veranlassen. Gerade die jetzige sogenannte saison morte ist die geeignetste Zeit hiezu. Es gilt aber zunächst, daß sich liberal denkende Männer größerer Geschäfte zu diesem uneigennützigen Werke hergeben, daß das Publikum ein solches Unternehmen unterstützt und die Sonntag-Nachmittage zu Einkäufen nicht benutzt und daß die Polizeibehörde, soweit es in ihrer Macht ist, dahin wirkt, daß unserer Stadt auch nach Außen hin ein sonntäglicher Charakter verliehen wird.

Ergebenst

Wr.

Vermischtes.

— Eine merkwürdige, bei uns noch nicht geübte Operation hat, wie die „Wr. allgem. med. Ztschr.“ mittheilt, Hofrath Prof. Billroth jüngst auf seiner Klinik ausgeführt. Eine 43jährige Frau litt an einem hochgradigen Magenkrebs mit bedeutender Verengerung des Pylorus, so daß sie seit Oktober v. J. tagtäglich mindestens einmal erbrach, blutleer wurde und immer mehr an Kräften verfiel. Das Ableben der Unglücklichen war in nächster Zeit sicher zu erwarten. Hofrath Billroth ging an die Operation, die wohl nur einen letzten Versuch darstellen kann, und nahm eine Resektion des Magens vor. Wie Professor Billroth dies machte, ist zwar im genannten Blatte geschildert und für den Fachmann höchst interessant zu lesen, für den Laien genügt es zu wissen, daß das excidirte Magenstück eine Länge von 14 Centimetern hatte und im Ganzen im Magen über 50 Seidennähte angelegt wurden, sodann die Bauchwunde in üblicher Weise geschlossen worden ist. Selbstverständlich wurde die Operation unter antiseptischen Kautelen ausgeführt. Gestern (Montag) befand sich die Frau relativ wohl; sie ist ungemein blaß, hat aber vorgestern und gestern schon sauere Milch zu sich genommen und selbe nicht erbrochen. — Bis jetzt soll nur Péan in Paris dieselbe Operation einmal ausgeführt haben, aber seine Kranke vier Tage darnach an septischer Peritonitis gestorben sein.

— Ueber eine Schweigerin wird aus Carson in Newada berichtet. „Eine Frau hatte das schwere Werk übernommen, 40 Tage lang kein Wort zu sprechen. Sie fing früh um 9 Uhr an und um halb 11 Uhr war ihr Puls von der großen Willensanstrengung schon so schwach, daß die Aerzte fürchteten, sie könne den Mittag nicht überleben. Um 11 schlug ihr Herz nur 26 Mal in der Minute und ihr Athem war kaum noch bemerkbar. Ihre Freunde redeten ihr zu, die schreckliche Probe aufzugeben und erzählten ihr einen Klatsch über eine Nachbarin. Sie lief sofort aus dem Hause und über die Straße zu einer Freundin und schwatzte in einem fort bis halb 7 Uhr Abends und ist nun völlig wieder hergestellt.“ (D. Z. i. Montevideo.)

— Die bittere Louise, die berüchtigte Anarchistin Michel, ist aus Saargemünd gebürtig, woselbst ihre Mutter Lehrerin war. In Anschluß hieran wird uns mitgetheilt, daß unter den Soldaten der Reichslande gegenwärtig das bekannte Lied „Du bist verrückt mein Kind!“ und dem Zusatz gesungen wird, „mußt nach Steinbach-Saargemünd!“ und zwar wegen der daselbst erbauten großen Irrenanstalt. Dieser Zusatz scheint der Dame Louise auf den Leib gedichtet zu sein.

Posen. Eine erschütternde Katastrophe hat sich auf dem Eise eines der Seen unserer Provinz nach eingetretener Thauwitterung zugetragen. Von der Besitzung Grzybin im Kreise Kosten sollte die Dampf-Dreschmaschine, welche auf dem Gute in Thätigkeit war, über den See transportirt werden. Als der schwere Zug ungefähr in der Mitte des Sees angelangt war, dessen Eis durch die Thauwitterung schon dünn geworden zu sein scheint, brach die Eisdecke, und es sollen, der „Pos. Ztg.“ zufolge, die sämmtliche Bedienungsmannschaft, sowie nicht weniger als fünfzehn Pferde ein Opfer des See's geworden sein.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 4. Februar. Heute fand bei der Kugelbaake der Zusammenstoß zweier Schiffe, des Lloyddampfers „Kronprinz Friedrich Wilhelm“, der, von Rio de Janeiro über Antwerpen kommend, eben einlief und des von hier nach Bristol mit Zucker befrachteten Dampfers „City of Dublin“ statt. „City of Dublin“ sank sofort, wobei sechs Personen ertranken. Der Rest der Besatzung wurde gerettet und hierher gebracht. Unter den Geretteten befinden sich der Kapitän und der Steuermann. Es ist dies derselbe Kapitän, der bei dem Untergange des Lloyddampfers „Pommerania“ seiner Zeit den Kapitän Schwensen rettete.

London, 4. Februar. Unterhaus. Der Sprecher verliest unter dem Beifall des Hauses eine Erklärung des Inhalts, daß er die ihm durch die Resolution Gladstone's übertragene Autorität annehme und daß er für die Aufrechterhaltung der Redefreiheit sorgen werde.

London, 4. Februar. Die Irländer sind im Unterhause heute anwesend. Sie verhalten sich sehr ruhig, äußerlich wenigstens, doch weiß ich bestimmt, daß eine tiefe Gährung aus Irland berichtet wird. Die Homeruler wollen die Aktion der Landliga in Irland abwarten.

Paris, 4. Februar. Der Senat beschäftigte sich heute mit dem Antrage Baragnons, wonach der Vorsitz im Konfliktsgerichtshofe künftig nicht mehr dem Justiz-Minister zustehen soll und hat es abgelehnt, den Antrag in Erwägung zu nehmen.

Haag, 4. Februar. Das hiesige Komitee der Gesellschaft des Rothen Kreuzes beabsichtigt, Krankenwagen und Lazareth-Einrichtungen nach dem Transvaal-Lande zu senden und trifft in der Erwartung, daß seine Neutralität von der englischen Regierung anerkannt werde, Vorbereitungen zur Errichtung eines Komitees in der Kapstadt.

Petersburg, 4. Februar. Die Baulinie für eine Eisenbahn aus dem Kohlengebiete von Krivoirog nach Catherinoslav mit einer Brücke über den Dniepr ist genehmigt worden.

Ein Antrag des Ministers des Innern auf Verminderung der kirchlichen Feiertage wird gegenwärtig von der Synode berathen.

Konstantinopel, 4. Februar. Es verlautet von der Vorbereitung eines neuen Zirkularschreibens der Pforte, welches den Zweck hätte, die Antwort der Mächte auf das türkische Rundschreiben vom 14. v. M. zu beschleunigen.

Washington, 4. Februar. Der Finanzausschuß der Repräsentantenkammer hat die Inbetrachtnahme mehrerer auf den Tarif bezüglicher Resolutionen vertagt und wird dies als ein Anzeichen dafür angesehen, daß in der gegenwärtigen Session keine Tarifreform werde beantragt werden.